



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Putsch als politisches Instrument

Van Eerd, Jonathan

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-65773>

Newspaper Article

Originally published at:

Van Eerd, Jonathan. Putsch als politisches Instrument. In: Tages-Anzeiger, 12 April 2012, 9.

Tages-Anzeiger

Donnerstag 12. April 2012

Putsch als politisches Instrument**AUTOR:** Von Jonathan van **Eerd*****RUBRIK:** ANALYSE; NaN; S. 9**LÄNGE:** 653 Wörter

Mali galt als eine der freiesten Demokratien Afrikas. Seit der Einführung einer demokratischen Verfassung und Mehrparteienwahlen 1992 erlebte das Land regelmässig freie Wahlen. Im Jahr 2002 erfolgte ein friedlicher Machtwechsel; der parteilose Amadou Toumani Touré (kurz ATT) wurde Präsident. Mehrfach wurde Mali den sich demokratisierenden Ländern Nordafrikas sogar als Vorbild vorgehalten. Immerhin handelt es sich bei Mali um eines der ärmsten Länder der Welt, das zudem mehrheitlich muslimisch und ethnisch stark durchmischt ist: alles Faktoren, die gemeinhin als wenig förderlich für eine erfolgreiche Demokratisierung angesehen werden.

Die viel gelobte Demokratie Malis hat mit dem Putsch vor drei Wochen ihr vorläufiges Ende gefunden. Warum haben die Protagonisten dieser Machtübernahme den gewaltsamen Weg gewählt? In einer funktionierenden Demokratie, so sollte man meinen, müsste es andere Wege geben, seine Anliegen durchzusetzen.

Die Putschisten führten die zögerliche Reaktion der Regierung auf die gewaltsamen Sezessionsbestrebungen der Tuareg im Norden des Landes und die Defizite der Armee als Gründe für ihre Machtübernahme an. Doch der Putsch hat tiefer liegende Ursachen. Er ist eine Folge der Art und Weise, in der in Mali Demokratie umgesetzt wird.

Obwohl eine vordergründig gut funktionierende Demokratie, setzte sich keine nennenswerte politische Kraft für die berechtigten Anliegen der malischen Soldaten ein. Auch wies keine Partei auf die Schwächen der Regierung im Umgang mit der Tuareg-Rebellion hin. Eine Opposition gegen Präsident Touré fehlte.

Dies war aber nicht der Fall, weil Touré seine politischen Gegner unterdrückt hätte. Im Gegenteil: Der parteilose ATT hatte eine Allparteien-regierung gebildet, die selbst das Ausmass der schweizerischen Konsensdemokratie übertraf. Seit den letzten Wahlen 2007 waren mit einer Ausnahme alle Parteien an der Regierung beteiligt: Von den 160 Parlamentariern bildeten nur die vier Mitglieder einer sozialistisch angehauchten Kleinstpartei die Opposition.

Konsensregierungen haben viele Vorteile. In heterogenen Gesellschaften sorgen sie dafür, dass alle relevanten Kräfte mitreden können. Für Mali war dies ein Erfolgsmodell. Anders als in den Nachbarstaaten gab es in Mali kaum ethnische Konflikte.

Stimmvolk als Korrektiv

Konsensdemokratien funktionieren aber nicht, wenn kritische Stimmen vor lauter Konsens nicht mehr gehört werden. In der Konsensdemokratie Schweiz, wo die vier wählerstärksten Parteien alle in die Regierung eingebunden sind, übernimmt das Volk mit seinen direktdemokratischen Rechten oft die Rolle der Opposition.

In Mali gibt es kaum direktdemokratische Volksrechte. Zudem sind im präsidentialen System alle Parteien dem Wohlwollen des Präsidenten ausgeliefert. Welche Parteien an der Regierung beteiligt werden, bestimmt der Präsident. Dies ist ein weiterer Unterschied zum schweizerischen System. Einzelne Parteien können es sich hier leisten, im Verbund mit dem Volk kurzzeitig in die Doppelrolle von Opposition und Regierung zu schlüpfen, weil keine Instanz existiert, die eine solche «Illoyalität» abstrafen könnte. In Mali hingegen wurde der Präsident nur hinter vorgehaltener Hand für seine mangelnde Voraussicht und seine wenig dezidierte Reaktion auf die Rebellion im Norden kritisiert.

Ein Teil der malischen Armee hat nun mit Gewalt den verwaisten Part der Opposition übernommen und in undemokratischer Art auf die Missstände hingewiesen. Der Putsch ist eine Antwort auf ein gescheitertes demokratisches Experiment,

das in problematischer Art präsidentielle Demokratie und Konsensdemokratie miteinander mischt und dem zudem das Korrektiv der Volksbeteiligung fehlt. Andere aufstrebende Demokratien, die sich um den an sich löblichen konsensuellen Ausgleich aller Kräfte bemühen, dürften gewarnt sein.

UPDATE: 13. April 2012

SPRACHE: GERMAN; DEUTSCH

GRAFIK:

Konsensdemokratien funktionieren nicht, wenn kritische Stimmen vor lauter Konsens untergehen.

* Jonathan van **Eerd** ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Er hat in Malis Hauptstadt Bamako Forschung betrieben.

PUBLICATION-TYPE: Zeitung

Copyright 2012 TA-Media AG
Alle Rechte vorbehalten